

RESOLUTION
des 50. Österreichischen Gemeindetages
19. September 2003 in Wiener Neustadt

Der 50. Österreichische Gemeindetag findet als größte kommunalpolitische Veranstaltung der Republik Österreich am Vorabend der bisher größten Erweiterung der Europäischen Union statt und schon das Tagungsmotto „Frieden – Freiheit – Bürgernähe. Für ein Europa der Gemeinden“ signalisiert die große Verantwortung und die hohen Erwartungen, die Österreichs Kommunalpolitiker damit verbinden.

Die Delegierten des 50. Österreichischen Gemeindetages stellen mit Befriedigung fest, dass der den europäischen Regierungen vorliegende Entwurf für eine neue Verfassung der Europäischen Union den Stellenwert der Gemeinden gebührend berücksichtigt, die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit beachtet und mit der Verpflichtung zu einem „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“ mit den Vertretungskörpern der lokalen und regionalen Selbstverwaltungen den Forderungen nach verstärkter Bürgernähe der EU erkennbar entgegenkommt.

Österreichs Kommunalpolitiker verkennen allerdings auch nicht die Gefahren, die sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung der auf 450 Millionen Einwohner anwachsenden „Völker Europas“ ergeben können und verweisen insbesondere auf eine drohende Aushöhlung des ländlichen Raumes. Schon die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass sich das angestrebte wirtschaftliche Wachstum vor allem in den urbanen Ballungszentren entwickelt, wodurch es zu ungleichen Entwicklungen und einer verhängnisvollen Sogwirkung für die ländlichen Gebiete kommt. Ein neuer, wirtschaftspolitischer Zentralismus in Europa müsste zwangsläufig zu einer Nicht- oder Minderversorgung der kleineren und mittleren Gemeinden und damit zu einer Verelendung des ländlichen Raumes führen. Österreich und ganz Europa sind aber vor allem klein- und mittelstädtisch strukturiert und wir verlangen daher mit allem Nachdruck, dass die Struktur- und Förderinstrumente der Europäischen Union verstärkt darauf Rücksicht nehmen.

Die Berücksichtigung des Stellenwertes der Gemeinden in der Republik erwarten die Bürgermeister und Kommunalpolitiker Österreichs schlussendlich auch bei der Ausarbeitung einer neuen Bundesverfassung durch den Österreich-Konvent. Österreichs Gemeinden haben sich bei ihrer Aufgabenstellung als lokale Selbstverwaltung hervorragend bewährt, sorgen flächendeckend für die Infrastruktur und die Lebensqualität ihrer Bürger und stiften jene nationale Identität, die selbst im Verfassungsentwurf der EU verlangt und der Tätigkeit der Kommunen zugebilligt wird. Österreichs Gemeinden sind im Lichte dieser Erfahrungen und im Interesse einer verstärkten Bürgernähe und Transparenz zur Übernahme weiterer Kompetenzen bereit, fordern aber gleichzeitig die Konnexität mit der notwendigen finanziellen Ausstattung.

Die Delegierten des 50. Österreichischen Gemeindetages verwahren sich gegen alle Versuche, die bewährten Grundsätze der Versorgungssicherheit und der sozialen Ausgewogenheit bei den öffentlichen Dienstleistungen der Kommunen zu verlassen und diese durch das freie Spiel der globalisierten Märkte zu ersetzen. Sie fordern daher von den verantwortlichen Politikern, die Kernkompetenz für die Daseinsvorsorge in Europa bei den Gemeinden zu belassen und in Österreich in der neuen Bundesverfassung zu verankern.

Der europäische Grundsatz „Einheit durch Vielfalt“ hat sich augenscheinlich auch bei der Erarbeitung der bestehenden kommunalen Grundstruktur in Österreich bewährt und aus dieser Überzeugung heraus verlangen die Kommunalpolitiker Österreichs eine Bestandsgarantie für die österreichischen Gemeinden. Verwaltungsaufgaben und überörtliche Probleme können besser durch die freiwillige Zusammenarbeit der Gemeinden als durch zwangsweise Zusammenlegungen gelöst werden. Es ist das innere und äußere Selbstverständnis einer gelebten Selbstverwaltung, die Ursache für ihre tiefe Identität und die Motivation für ihre mannigfachen freiwilligen Dienste, dass sie über ihr Schicksal selber entscheiden kann.

In diesem Sinn begrüßen die Delegierten des 50. Österreichischen Gemeindetages in Wiener Neustadt die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union, respektieren die europäischen Bemühungen um eine verstärkte Anerkennung der lokalen Selbstverwaltungen, warnen dringend vor einem neuen wirtschaftlichen Zentralismus sowie der Aushöhlung des ländlichen Raumes in Europa und geben der Hoffnung Ausdruck, dass mit einer neuen österreichischen Bundesverfassung die Rolle Österreichs als demokratiepolitisches Musterbeispiel in Europa einen neuen Impuls erhält.